

Luxemburgs Verteidigungsbudget Was kostet die Welt?

Raymond Klein

Erneuerung des Fuhrparks, Ankauf eines Flugzeugs, Beteiligung an Battlegroups. Die Luxemburger Armee entfernt sich von ihrer Rolle als Palastwächter. Durch die Teilnahme an weltweiten Operationen sind steigende Militärausgaben und politische Probleme vorprogrammiert.

“Le gouvernement a comme objectif d’augmenter les moyens budgétaires en matière de défense pour arriver à 1,2% du PIB”, heißt es in der Regierungserklärung von August 2004. Es bestehe eine politische Verpflichtung zur Beteiligung Luxemburgs an den EU-Battlegroups, zitiert das Luxemburger Wort vom 23. November Armeeminister Luc Frieden. Es müsse, so der Minister weiter, “sichergestellt werden, dass Luxemburg jederzeit für Einsätze im Rahmen der europäischen Eingreiftruppe bereit sei”. Mit der Zusage, etwa hundert Soldaten zu den neu geschaffenen Battlegroups beizusteuern, ist der vorläufige Höhepunkt der Aufrüstung der Luxemburger Armee erreicht.

Wenn Europa mit der Waffe in der Hand für die Sicherheit in der Welt sorgt, darf Luxemburg nicht fehlen. Diese Haltung mag besonders gut zu einem Law-and-

order-Politiker wie Luc Frieden passen. Doch ging die Initiative dazu nicht von ihm aus. Es war sein Vorgänger, der den Ausbau der Luxemburger Streitkräfte in Gang brachte: der eher als Gutmensch geltende Charles Goerens. Möglich, dass sich dieser bei einem der Nato- oder EU-Militär-Treffen dazu hinreißen ließ, mehr zu versprechen, als Luxemburg traditionell zu geben bereit war. Seit der Abschaffung des Wehrdienstes 1967 hatte sich der großherzogliche Beitrag zur westlichen Militärmacht nämlich auf Materiallager und Awacs-Immatrikulationen beschränkt. Inter-

**Vom Koreakrieg
bis in die Neunziger Jahre
waren die einzigen
Abwechslungen im
Soldatendasein Großmanöver
und Staatsbegräbnisse.**

essant ist auch die uneingeschränkte Unterstützung, die der Premier den Entscheidungen zum Ausbau der Armee gewährt. Man könnte daraus schließen, dass die Aufrüstung Chefsache war und

ist - einer von Jean-Claude Junckers undurchsichtigen Winkelzügen auf dem internationalen Parkett.

Wer vielleicht am wenigsten auf tiefgreifende Veränderungen drängt, sind die Armeeingehörigen selbst. Auch wenn die Werbekampagne das Image einer Söldnertruppe (im Dienst der guten Sache) vermittelt, so ist das Lebensgefühl der meisten Berufssoldaten eher das von Verwaltungsbeamten, mit Beförderungen nach Dienstalter und einer Fünf-Sechstel-Pension am Horizont. Vom Koreakrieg bis in die Neunziger Jahre waren die einzigen Abwechslungen im Soldatendasein Großmanöver und Staatsbegräbnisse.

Dass dies seit ein paar Jahren anders ist, schafft Probleme. Monatelange Auslandseinsätze haben der Moral der Truppe zugesetzt. Die ersten paar Tage Wachestehen vor der Schule von Tomislavgrad oder am Flughafen von Kabul mögen ein Abenteuer sein, doch die restliche Zeit bedeutet es vor allem Langeweile, weit weg von Familie und Freunden. Die mangelnde Begeisterung für solche Einsätze zeigt sich daran, dass die Regierung die Regeln ändern

Fotos: Lëtzebuurger Arméi





Fotos: Lëtzebuurger Arméi

will, nach denen die Teilnehmer ausgewählt werden. Bislang galt für die Rekruten, im Gegensatz zu den Berufssoldaten, das Prinzip der Freiwilligkeit. Nun soll ein "statut spécial" geschaffen werden, das eine "disponibilité contractuelle et garantie" vorsieht. Das Problem: Wenn dieses Statut das alte Rekrutenstatut ersetzen würde, hätte die Armee zwar kein Personalproblem bei Auslandseinsätzen mehr. Dafür würde sie sich aber ein Rekrutierungsproblem einhandeln, und das nachdem sie - Werbekampagne sei Dank - endlich wieder eine steigende Anzahl von Bewerbungen verzeichnet.

Die Battlegroup-Initiative dürfte diese Schwierigkeiten verschärfen. Wie sollen sie eingesetzt werden? Laut bereits zitiertem Wort-Artikel dienen sie der Wahrung von Stabilität und Sicherheit außerhalb der Grenzen Europas, "sofern diese einen Einfluss auf die innere Stabilität und Sicherheit haben" (Luc Frieden). Der Minister spricht auch lieber von "groupement tactique" als von "Battlegroup", berichtet die *Voix* vom 23. November, letzteres erinnere zu sehr an Krieg. Es gehe um Konfliktprävention und Krisenbewältigung. Das Strategiepapier des Institut d'études de sécurité von Mai 2003 ermöglicht einen Blick hinter den Nebelschleier von Euphemismen. Dort werden die Battlegroups als "capable of high intensity operations" charakterisiert, sie werden also früher oder später in richtige Kampfeinsätze verwickelt werden, mit allen Gefahren, die damit einhergehen. Das mag auch ein Grund sein, warum Länder wie Dänemark und Malta den Ruf nach europäischer Solidarität nicht hören wollten und eine Beteiligung an den Battlegroups abgelehnt haben.

Für die luxemburgischen Entscheidungsträger scheint dies dagegen ein willkommener Vorwand zu sein, die

Armee aufzurüsten. Die Militärausgaben stiegen von 44 Millionen Euro im Jahr 2000 auf 82,6 Millionen im Budget für 2005. Neben den stetig wachsenden laufenden Kosten, vor allem Gehaltszahlungen, rührt dies von der Steigerung der Kapitalausgaben. Die Transfers in den "Fonds d'équipement militaire" beliefen sich im Jahr 2000 auf 2,4 Millionen Euro, 2004 waren es deren 5 und 2005 sind 22 Millionen dafür vorgesehen. Die weitere Budgetplanung (Programme pluriannuel) sieht vor, diesen Posten bis 2008 auf 33 Millionen Euro zu erhöhen.

Über die hohen Militärausgaben wird in der Öffentlichkeit diskutiert, über die Einsätze, an denen die Armee künftig teilnehmen wird, dagegen kaum.

Weit entfernt scheinen die Zeiten, als Armee- und Kooperationsminister Charles Goerens darauf verweisen konnte, dass mehr Geld für Entwicklungshilfe ausgegeben werde als fürs Militär. Erklärtes Ziel dieser Regierung ist es, die Militärausgaben auf 1,2 Prozent des BIP anzuheben, ein gutes Stück mehr als das angestrebte - und achtenswerte - 1 Prozent für Entwicklungshilfe. Die Diskussion über das europäische Militärtransportflugzeug Airbus A400M, von dem Luxemburg ein Exemplar finanzieren will, könnte den Eindruck erwecken, diese Ausgabensteigerung habe wenig mit den luxemburger Streitkräften zu tun. Doch diese Fortsetzung der "Außenpolitik mit dem Scheckheft" ist nicht der Haupt-Kostenfaktor, wie ein Blick in das "Programme pluriannuel 2004-2008" zeigt. Das im Fonds d'équipement gesammelte Geld soll nämlich erst einmal für gepanzerte Fahrzeuge ausgegeben werden (54 Millionen), sowie für "armes et munitions,

matériel de communication et NBC" (56 Millionen). Vom Militärflugzeug schlagen vorerst nur die Entwicklungskosten zu Buche. 2008 wird der Fonds geleert sein, und für die ab 2014 zu finanzierende Anschaffung des A400M (Gesamtstückpreis über 100 Millionen Euro) können erst ab 2009 Rücklagen gebildet werden.

Anders als manchmal berichtet wird, handelt es sich bei den vorgesehenen Fahrzeugen nicht um "Panzer" sondern um gepanzerte Fahrzeuge mit leichter Bewaffnung. Schwere Panzer würden schlecht zur Ausrichtung der Armee passen - sie war bisher auf Aufklärungsaufgaben und Panzerabwehr spezialisiert. Leichte Truppen, in gut geschützten Fahrzeugen, das ist genau das was man für Blauhelmeinsätze braucht - und für Kolonialkriege.

Über die hohen Militärausgaben wird in der Öffentlichkeit manchmal diskutiert, über die Einsätze, an denen die Armee künftig teilnehmen wird, dagegen kaum. Interventionen im Dienste der "Stabilität und Sicherheit" reichen von Friedensmissionen wie der in Mazedonien, über die Beteiligung an UN-Besatzungsregimes wie in Afghanistan, bis hin zu Militärschlägen, um den freien Zugang zu den Rohstoffen der Welt abzusichern. Nicht einmal ein UN-Mandat ist für den Einsatz der Battlegroups erforderlich, und einer nationalen oder europäischen parlamentarischen Kontrolle unterliegen die EU-Einsätze grundsätzlich nicht. In Luxemburg wird das Mitspracherecht der Chamber weiter beschnitten, für das Gesetz über Auslandseinsätze liegt ein Änderungsvorschlag vor: Statt wie bisher einen Avis von Staatsrat und Conférence des Présidents einholen zu müssen, wird die Regierung nur noch mit der außenpolitischen Kommission der Chamber Rücksprache halten.